

UNIVERSITÄT-GESAMTHOCHSCHULE SIEGEN

Hochschule und Gemeinde

Vorträge (2)

HANS TIETMEYER

PRÄSIDENT DER DEUTSCHEN BUNDESBANK

**DEUTSCHE GELDPOLITIK
UND
MONETÄRE INTEGRATION IN EUROPA**

mit weiteren Beiträgen

von

Rolf H. Brunswig

Vorsitzender des Vorstandes der Sparkasse Siegen

und

Bodo B. Gemper

Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Universität Siegen

Hochschule und Gemeinde

Vorträge (2)

Reden auf dem Vortragsabend

am 11. Mai 1995

im Leonhard-Gläser-Saal der Siegerlandhalle

aus Anlaß

des 400jährigen Jubiläums der Eröffnung der
Hohen Nassauischen Schule in Siegen

mit dem

Präsidenten der Deutschen Bundesbank

Dr. Dr. h.c. Hans Tietmeyer

**Deutsche Geldpolitik
und monetäre Integration in Europa**

unter der Schirmherrschaft der Sparkasse Siegen

Siegen 1995

Inhalt

Begrüßung	Seite 5
Rolf H. Brunswig Vorsitzender des Vorstandes der Sparkasse Siegen	
Ein Vorwort	Seite 11
Prof. Dr. Bodo B. Gemper Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, Universität Siegen <i>"Der Bürger - fest in öffentlicher Hand"</i>	
Festvortrag	Seite 23
Dr. Dr. h.c. Hans Tietmeyer Präsident der Deutschen Bundesbank <i>"Deutsche Geldpolitik und monetäre Integration in Europa"</i>	
Schlußwort	Seite 39
Rolf H. Brunswig Vorsitzender des Vorstandes der Sparkasse Siegen	

© 1995 by EDITION ENSIS
Bodo B. Gemper, Hrsg., D-57250 Netphen
Satz und Gestaltung: H. D. Stolz, Siegen
Druckerei der Universität Siegen
Alle Rechte beim Herausgeber

Begrüßung

Rolf H. Brunswig

Vorsitzender des Vorstandes der Sparkasse Siegen

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir freuen uns, daß Sie unserer Einladung zu dem heutigen Vortragsabend in so großer Zahl gefolgt sind. Im Namen des Vorstandes der Sparkasse Siegen begrüße ich Sie recht herzlich.

Daß Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, großes Interesse an unserem Vortragsabend bekunden, liegt sicherlich an dem Thema „Geldpolitik“, das gerade in den letzten Jahren aus mehreren Gründen in das Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt ist. Auch daß Sie der Sparkasse Siegen Ihre Reverenz erweisen, freut und ehrt uns.

Ich bin mir aber sicher, daß den Ausschlag für Ihr Erscheinen die Persönlichkeit des Festredners gegeben hat, und ich begrüße sehr herzlich den Präsidenten der Deutschen Bundesbank, Herrn Dr. Hans Tietmeyer. Wir freuen uns und betrachten es als eine ganz besondere Ehre für unsere Region, daß Sie, Herr Dr. Tietmeyer, zu uns nach Siegen gekommen sind, sind Sie doch in Ihrer herausgehobenen Funktion als Präsident der Deutschen Bundesbank und aufgrund Ihres bisherigen Werdeganges in besonderer Weise prädestiniert, zu Fragen der deutschen Geldpolitik und der monetären Integration in Europa zu sprechen. Seitdem Sie im Januar 1990 Ihre Tätigkeit in den Entscheidungsgremien unserer Notenbank aufnahmen, besonders aber seit dem 1. Oktober 1993, als Sie Präsident der Deutschen Bundesbank wurden, haben Sie vor ganz besonders schwierigen Aufgaben gestanden, die Sie souverän bewältigt haben. Ich nenne hier nur die deutsche Vereinigung, die eine bisher nicht dagewesene Herausforderung für die Politik und speziell für die Geldpolitik darstellte, aber auch die immer enger werdenden währungspolitischen Verflechtungen in Europa und weltweit.

Herzlich willkommen in Siegen, der Provinz voll Leben, Herr Dr. Tietmeyer! Anlaß der Veranstaltung ist das 400jährige Jubiläum der Eröffnung der Hohen Nassauischen Schule in Siegen, einer Vorläuferin der Universität-Gesamthochschule Siegen, im Wintersemester 1594/1595. Die wesentliche Bedeutung der Hohen Schule liegt darin, daß sie über zwei Jahrhunderte „die heimische Bildungsstätte für Pfarrer, Lehrer, Beamte und Ärzte der Oranien-Nassauischen Lande sowie der benachbarten Grafschaften gewesen ist“. Es bestand die Ambition, der Hohen Schule die Rechte einer Universität zuerkennen zu lassen. Der Kaiser in Wien war denn auch durchaus geneigt, dieser Einrichtung das Promotionsrecht zu geben und sie damit zur Universität zu erheben. Daß es dazu nicht kam, lag an einem ganz profanen, freilich unverändert aktuellen Tatbestand: Die dafür geforderte Gebühr überstieg die finanziellen Kräfte der Hochschule. Immerhin darf die jetzige Universität-Gesamthochschule Siegen die Hohe Nassauische Schule als eine würdige Vorgänger-Institution betrachten, und die Stadt Siegen hatte mithin akademisches Leben schon vierhundert Jahre früher in ihren Mauern erfahren. Für uns war dies ein triftiger Grund, dieses Ereignis durch den heutigen Vortragsabend zu würdigen - auch deshalb, weil unsere Universität mittlerweile aus der Region nicht mehr wegzudenken ist; denn von ihr gehen vielfältige positive Impulse aus, die das geistige und wirtschaftliche Leben in der Region befruchten.

Ein herzliches Wort der Begrüßung gilt auch Ihnen, Herr Professor Gemper. Als Universitätsprofessor für Volkswirtschaftslehre an der hiesigen Hochschule haben Sie sich weit über unsere Region hinaus Anerkennung und Wertschätzung als engagierter Streiter für die Soziale Marktwirtschaft erworben. Wir freuen uns, daß Sie ebenfalls zu uns sprechen werden. Gern nutze ich die Gelegenheit, um Ihnen für die viele Mühe, die Sie sich mit der wissenschaftlichen Vorbereitung dieses Vortragsabends gemacht haben, recht herzlich zu danken.

Die Deutschen, meine Damen und Herren, können sich glücklich schätzen, mit der Deutschen Bundesbank eine Zentralbank zu besitzen, deren Unabhängigkeit gesetzlich verankert ist. Die Bundesbank hat in den vergangenen vierzig Jahren konsequent und mit hervorragenden Ergebnissen für die Stabilität der Deutschen Mark gesorgt - mancherlei Unmut der Wirtschaft, der Gewerkschaften und nicht selten auch der jeweils Regierenden nicht scheidend!

Der beispiellose Wohlstand auf breiter Basis, den Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg erreicht hat, ist in erheblichem Maße auf die über diese lange Zeitspanne konsequente und glaubwürdige Politik der Bundesbank zurückzuführen. Für die deutsche Bevölkerung ist die D-Mark dabei mehr als nur eine stabile Währung. Sie steht für wirtschaftliche Stärke und für politische und damit gesellschaftliche Stabilität. Im langfristigen Vergleich der Währungen zeigt sich auch deutlich, daß vom Primat der Geldwertstabilität auch Wachstum und Beschäftigung eindeutig profitiert haben. Geldpolitik ist deshalb alles andere als nur ein ökonomisches Werkzeug.

Der Mann an der Spitze prägt in besonderer Weise die Politik der Deutschen Bundesbank. Bisher haben die Deutschen - wenn mir diese Formulierung gestattet ist - immer Glück mit ihren Zentralbank-Präsidenten gehabt. Sie, Herr Dr. Tietmeyer, haben in dem turbulenten Jahr 1994 mit bewundernswertem Geschick, mit einer geradlinigen Politik und mit dem Mut, auf vordergründig populäre Maßnahmen zu verzichten, eine zinspolitische Gratwanderung betrieben, die man nur als Meisterstück bezeichnen kann und die im Ergebnis außerordentlich erfolgreich war, hat sie doch zu einer kräftigen Senkung der Zinsen beigetragen, die Inflationsrate gedämpft und das Vertrauen des Auslands in die Deutsche Mark noch weiter gestärkt. Doch die Zeiten werden nicht einfacher. Binnenwirtschaftlich lauern nach wie vor erhebliche Stabilitätsgefahren, die vor allem von den öffentlichen

Finanzen ausgehen. Unsere größere Sorge gilt aber dem, was uns 1997, spätestens aber 1999 bevorstehen soll, nämlich die europäische Währungsunion und damit der Ersatz der bisherigen nationalen Währungen durch eine Einheitswährung - den ECU. Der Vertrag von Maastricht sieht als wichtigsten Punkt die Bildung einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion vor, in deren Endstufe, spätestens am 1. Januar 1999, die Zuständigkeit für die Geldpolitik in den einzelnen Ländern auf das System der Europäischen Zentralbanken übergeht. Die geldpolitische Verantwortung liegt dann nicht mehr primär bei der Deutschen Bundesbank und den anderen nationalen Notenbanken. Endziel der Wirtschafts- und Währungsunion ist bekanntlich die Abschaffung der jetzigen nationalen Währungen und damit auch der D-Mark. Der große Mangel des Vertragswerkes von Maastricht besteht darin, daß es der Willensbildung über die konkrete Ausgestaltung der politischen Entscheidungsstrukturen vorseilt. Deren Vorhandensein ist für das stabilitätsgerechte Funktionieren einer Währungsunion jedoch unerlässlich. Die anvisierte Vertiefung der europäischen Integration setzt mehr politische, insbesondere ordnungspolitische Gemeinsamkeiten voraus, als sie im Vertrag von Maastricht enthalten sind. Diese sind aber nur dann zu erreichen, wenn die breite Mehrheit der Bürger das weitere Zusammenrücken der europäischen Nationen mit allen daraus folgenden Konsequenzen auch tatsächlich will - ich frage mich: ist das wirklich so sicher? Bisher konnte sich auch noch keine europäische Stabilitätskultur herausbilden. In Deutschland weiß man dagegen aus eigener Erfahrung nur zu gut, daß Grundlage einer erfolgreichen Stabilitätspolitik die Glaubwürdigkeit der Geldpolitik ist. Eine funktionierende Währungsunion, eine nicht mehr kündbare Solidargemeinschaft benötigt für ihren dauerhaften Bestand eine weitergehende Bindung in Form einer umfassenden politischen Union - das ist, von wenigen Ausnahmen abgesehen, die Überzeugung in Wissenschaft

und Politik. Es ist ja auch einleuchtend, daß die Qualität einer Währung auf der Qualität der ihr zugrundeliegenden politischen Ordnung beruht. Der dringend notwendige parallele Ausbau der Politischen Union hinkt aber weit hinterher; denn die Völker und die Politiker in Europa sind sich bis heute nicht darüber im klaren, welche Gestalt eine Politische Union eigentlich haben soll. Es hat deshalb fast etwas Gespenstisches an sich, zu sehen, daß angesichts der wiederbelebten Diskussion über die Chancen zur Verwirklichung der Währungsunion und ungeachtet der fehlenden politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen die Vorbereitungsarbeiten für den entscheidenden Schritt - wider bessere Einsicht - immer konkreter werden. Allen Umfragen zufolge lehnt weiterhin eine breite Mehrheit (angeblich 72%) der deutschen Bevölkerung die Preisgabe der D-Mark zugunsten einer gemeinsamen Währung ab. Die Forderung, daß eine künftige Europa-Währung mindestens so stabil sein müsse wie die D-Mark, wird eben von den meisten Menschen als illusionär angesehen. Diese Bedenken werden von gewichtigen Stimmen gestützt. Markus Lusser, der Nationalbankpräsident der Schweiz, meint, „daß die ECU - wegen des im Vergleich zu Deutschland geringeren Stabilitätsbewußtseins in Europa - nicht so stabil wie die D-Mark sein kann“. Solange eine der D-Mark vergleichbare Stabilität der zukünftigen Gemeinschaftswährung nicht hinreichend gesichert erscheint, werden sich die Vorbehalte gegenüber der neuen Euro-Währung nicht ausräumen lassen, zumal es ernstzunehmende Stimmen gibt, die bezweifeln, daß für die wirtschaftliche und politische Einigung Europas eine Einheitswährung tatsächlich unerlässlich ist.

Ich hoffe, daß Sie, Herr Dr. Tietmeyer, unsere Befürchtungen ein wenig lindern können, wenn Sie gleich Ihren Festvortrag „Deutsche Geldpolitik und monetäre Integration in Europa“ halten werden.

Zunächst bitte ich aber Sie, Herr Professor Gemper, um Ihr Vorwort zum Thema „Der Bürger - fest in öffentlicher

Hand". Wie ich Sie kenne, dürfen wir sicherlich mehr als ein Vorwort im herkömmlichen Sinne erwarten. Wir sind gespannt auf Ihre Ausführungen.

Ein Vorwort

Bodo B. Gemper

Der Bürger - fest in öffentlicher Hand

Lieber Herr Brunswig,
herzlich willkommen Herr Dr. Tietmeyer,
Spectabilis, Herr Kollege Grauer,
meine Damen und Herren Bürgermeister,
Gemeinde- und Stadtdirektoren,
liebe Kommilitoninnen und Kommilitonen,
hochansehnliche Festversammlung!

Das ist ein überwältigender Anblick, den dieses Auditorium bietet. Während so mancher Veranstalter, selbst bei Ankündigung auch eines hervorragenden Referenten, bei halb leerem Saal sich darüber hinwegtröstet, daß er ihn als halb voll ansieht, so deute ich diese erinnerungswürdige Versammlung, daß für die Siegerländer kein Vortragssaal groß genug ist,

- um als Sparer durch persönliche Abstimmung einmütig die hohe Wertschätzung für die Stabilität der Deutschen Mark zu bekunden,
- um als Bürger der Deutschen Bundesbank für ihre Standfestigkeit in der Stabilitätspolitik dankbare Verbundenheit zu versichern und
- um als Gäste dieses Vortragsabends dem obersten Repräsentanten der Deutschen Bundesbank Reverenz zu erweisen, noch ehe Sie, Herr Dr. Tietmeyer, überhaupt ein Wort an uns richten konnten!

Persönlichkeiten, nicht Maßnahmen bestimmen Richtung und Lauf geschichtswürdiger Entwicklung. Eine freie Gesellschaft bedarf der Persönlichkeiten, bedarf der sozial gesonnenen Bürger, nicht der Uniformisten. Sie bedarf der

Leitbilder, die unserem gesellschaftlichen Gefüge Stabilität verleihen, bedarf ihrer aber auch als Wegbereiter mit geschichtsprägender Gestaltungskraft, die den Bürgern wieder das Gefühl geben, in einem Staat zu leben, dessen Fundamente tragfähig sind. Geschichtsmächtige Leistungen können wir erkennen im analysierenden Blick zurück - auf diesen historischen Anlaß bezogen, der uns heute in diesem Saale zusammenführt. Es ist der Blick zurück auf die Anfänge der Stadt Siegen als Universitätsstadt. Was wäre die Stadt Siegen heute ohne diese Universität?! Die Persönlichkeit, der wir die geistige Grundsteinlegung unserer Alma mater Sigenensis verdanken, deren Wirken prägende Impulse aussendet und der das erste Kolloquium „Hochschule und Gemeinde“ gewidmet worden war, diese Autorität ist heute auch unser Gast: Ich begrüße ganz herzlich den Gründungsrektor unserer Universität, Herrn Prof. Woll.

Herausragende Orientierungspunkte mit historischer Tiefe zu würdigen kann auch durch den Blick vom festen Standpunkt der Gegenwart aus auf das auf uns Zukommende erfolgen, indem ein sich vollziehender außergewöhnlicher Entwicklungsprozeß mit historischer Dimension würdigen Anlaß bietet, einer prominenten Persönlichkeit ein nach Interesse und Kompetenz aufgeschlossenes Forum zu bieten, wie es die Sparkasse Siegen als Schirmherrin dieses Vortragsabends „Hochschule und Gemeinde“ tut. Absicht ist es nämlich, die deutsche Geldpolitik im Kontext des europäischen Integrationsprozesses zu analysieren, zu würdigen und dem Bürger aus berufenem Munde verständlich zu machen. Denn wir sind mitten drin in dem Prozeß der Vertiefung europäischer Integration, bei der allerdings das neben Freiheit und Frieden höchste Gut, die wirtschaftliche und soziale Stabilität, auf dem Spiele steht. Wir werden heute von einer Persönlichkeit, die an diesem historischen Wandel gestaltend mitwirkt, die also die Richtgeschwindigkeit an vorderster Position sichtbar verträglich und zumutbar mitbestimmt, die Grundzüge skizziert erhalten und die zu

erwartenden Probleme konstruktiv-kritisch erklärt bekommen. Dies ist eine ganz besondere Geste für den Kreis Siegen-Wittgenstein mit seinen Städten und Gemeinden wie auch für die Universität dieser Region! Hierfür danken wir Ihnen, lieber Herr Dr. Tietmeyer, von ganzem Herzen!
Meine Damen und Herren, als in Herborn im Jahre 1594 die Pest ausgebrochen war, entschloß sich der protestantische Graf Johann VI., genannt der Ältere, die Hohe Nassauische Schule noch im Herbst des gleichen Jahres nach Siegen zu verlegen. Die Anfänge der akademischen Tradition in Siegen seit dem Wintersemester 1594/95 hat der Siegener Romanist Wolfgang Drost in seinem Beitrag „Universa Schola Nassovica Sigenensis“ im Jahre 1977 nachgezeichnet. Die geschichtsprägende Persönlichkeit, deren herausragendes Wirken uns heute zusammenführt, ist der Staatslehrer und Rechtsgelehrte des Calvinismus, Johannes Althusius oder Althaus (1557 - 1638), von ebenso Erinnerungswürdigem Format wie es später der im Jahre 1740 hier in Grund bei Hilchenbach geborene Universalgelehrte Johann Heinrich Jung-Stilling war, dem mein Siegener Kollege Gerhard Merk einen beachtlichen Teil seines Schaffens an unserer Hochschule gewidmet hat. Althusius, ein Rechtsdenker im ausgehenden 16. und beginnenden 17. Jahrhundert, war vom Kaliber eines Machiavelli, eines Bodin, eines Hobbes oder eines Pufendorf. Althusius offenbart sich uns nicht nur als „Theoretiker christlicher Gedanken in ihrer spezifischen calvinistischen Ausprägung“, sondern auch auch als „Theoretiker des Verfassungsstaates“, mithin also als Vertreter des Rechtsstaatsgedankens, und wie der Heidelberger und spätere Harvardprofessor Carl Joachim Friedrich betont, als ein „Wahrheitssucher im Sinne gelehrter Forschung“. Althusius Wirken war rückblickend das eines sehr modernen Menschen: Zum ersten erscheint er uns als geistiger Vater des modernen Föderalismus, sah er doch in der föderalistischen Gliederung die einzige für eine Gesell-

schaft angemessene soziale Struktur. Zum anderen findet sich seine Grundidee in der ausgesprochen bürgerfreundlichen Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika wieder. Hier verbinden sich unsere Gedanken unwillkürlich mit denen des amerikanischen Präsidenten Abraham Lincoln, eines wahren Bürgerpräsidenten, der Demokratie nicht nur klar definierte, sondern den ihr beigegebenen Inhalt realpolitisch auch selbst vorlebte, indem er entsprechend handelte. Lincolns Demokratieverständnis ist im wörtlichen Sinne dieses Begriffes das einer Volksherrschaft, denn er formulierte Demokratie als Herrschaft der Bürger durch die Bürger für die Bürger: „Government of the people, by the people, for the people.“

Meine Damen und Herren, unser Grundgesetz proklamiert ähnliches, nämlich: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“. Und auch im geeinten Deutschland gilt: „Wir sind das Volk!“. Dieses Volk aber sind wir, die wir als Bürger, so der Verfassungsauftrag, das Staatsgeschehen mitbestimmen. Was aber müssen wir mit Verwunderung, inzwischen vielleicht auch mit Resignation, beobachten? Der „Staat als Träger aller staatshoheitlichen wie auch privatrechtlichen Finanzrechte“ bedient sich selbst, indem er sich vom Bürger nimmt, ohne ihn zu fragen, gestaltet Politik am Bürger vorbei und allzu oft gegen seine Bedürfnisse und Interessen, nur am eigenen „staatlichen“ Geschmack orientiert. Heißt Gewaltenteilung im Verständnis Montesquieus nicht aber, daß gerade der Bürger der öffentlichen Hand die Aufgaben überträgt, die sie nach seinem - des Bürgers - Willen übernehmen und auch in seinem Interesse erfüllen soll? Heißt Gewaltenteilung nicht auch, daß er - der Bürger - es ist, der der öffentlichen Hand die Ressourcen bewilligt, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben, die ein Auftrag des Bürgers sind, benötigt? Nicht weniger, aber auch nicht mehr! Während seit der Magna Charta Libertatum (1215) die Parlamente sich um das Budgetrecht bemühten, um die Macht, insbesondere das

Ausgabegebaren des Monarchen und später der Regierung zu kontrollieren und die öffentliche Hand zur Sparsamkeit anzuhalten, waren es bisher gerade die Parlamentarier, die ausgabenwirksame Gesetze beschlossen und sogar die Regierung, deren sparsamer Umgang mit dem Geld des Bürgers sie doch überwachen sollten, in die Finanzklemme brachten. Die Subventionsberichte der Deutschen Bundesregierung lassen beispielsweise erkennen, daß das Gesamtvolumen der Subventionen (einschließlich der Wiederaufbauhilfen) auf allen Ebenen zwischen EU und Gemeinden sich seit dem Jahre 1970 verdreieinhalbfacht hat. Man kann also sagen, daß die öffentliche Hand in Deutschland neben Addieren und Subtrahieren, neben Multiplizieren und Dividieren mit dem *Subventionieren* die *fünfte Grundrechnungsart* eingeführt hat. Die öffentliche Hand nimmt damit den Bürger gleich von zwei Seiten fest in den fiskalischen Griff: Von der Einnahmenseite, indem sie den Bürger mit Steuern und anderen Abgaben umklammert und von der Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte, indem sie den Bürger verteilungspolitisch gängelt mit Mitteln, die wiederum der Bürger selbst und nicht die öffentliche Hand aufgebracht hat. Wie kann solches geschehen? Hat die öffentliche Hand das Recht, über die von Parteien nominierten Abgeordneten und Beamten die Bürger derart in die Enge zu treiben? Diese Frage erhält erst recht Gewicht, wenn wir bedenken, in welchem geringem Ausmaß die Bürger sich durch Mitgliedschaft zu den Parteien bekennen. Wie hoch, denken Sie, ist der Anteil der Wahlberechtigten, die ein Parteibuch besitzen? 5 %, 10 %, 30 %? Es sind in Deutschland gerade 3,2 % - und das bei zu beobachtendem Mitgliederschwund! Dieser geradezu verschwindend niedrige Prozentsatz gestattet Grundsatzfragen. Geraten hier nicht Selbstverständlichkeiten, geraten hier nicht Vorstellungen über Verlässlichkeit und Verträglichkeit aus dem Gleichgewicht? Gerät hier nicht für selbstverständlich Gehaltenes und Festgefühtes ins Wanken, wird instabil? Die Institution,

bei der die ordnungspolitischen Koordinaten der wirtschaftlichen und sozialen Stabilität den Orientierungsrahmen bilden und die den Bürgern unabhängig von politischen Einflüssen garantiert, daß das, welches die öffentliche Hand dem Bürger noch beläßt, wertstabil bleibt, ist die politisch unabhängige Deutsche Bundesbank, die Hüterin der Währung, deren Präsident uns heute die Ehre gibt, zu uns zu sprechen.

Herr Dr. Tietmeyer, als Ihnen die Ehrendoktorwürde durch die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Universität Münster verliehen wurde, haben Sie vor fast einem Jahr die für das geeinte Deutschland gesamtgesellschaftliche Kernfrage gestellt und diese zum Ausgangspunkt Ihrer Überlegungen gewählt. Sie haben die Antwort - perspektivisch ausgerichtet - in dreifacher Hinsicht gesucht. Sie sagten - ich zitiere: „Wie also, so ist zu fragen, können wir die Zukunft ökonomisch meistern und auch längerfristig angemessene Lebensbedingungen schaffen? Und weiter: Welche Verantwortung tragen wir dabei gegenüber den kommenden Generationen? Und nicht zuletzt: Welche Rolle erwächst aus alledem für den Staat?“ Sie haben damals deutlich gemacht, daß eine Politik, die Verantwortung über das tagespolitische Geschäft hinaus trägt, auch für längerfristige Zielhorizonte konzipiert und tragfähig sein muß. Eine solche Politik bedarf aber unabhängiger Gestaltungsmöglichkeiten. Ist die Unabhängigkeit, wie die Deutsche Bundesbank sie uns vorlebt, aber auch in anderen Bereichen unseres gesellschaftlichen Lebens gewährleistet? Vermissen wir nicht eine solche unabhängige und damit intellektuelle Führung? Denn: Zur politischen Unabhängigkeit gehört Intellektualität. Dem Typ des Intellektuellen wird jedoch in unserem Lande in der Regel keine besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Wir aber kennen alle solche überragenden Persönlichkeiten mit politischem Appeal: Ich rufe in Erinnerung Kurt Schumacher, der nicht nur dem nationalsozialistischen Regime, sondern auch den Einheitssozialisten (SED) wi-

derstand. Ich rufe in Erinnerung Carlo Schmid, einen der Väter unseres Grundgesetzes, dem wir Deutschen größten Dank schulden für seinen Beitrag rechtsstaatlichen und vorausschauenden Denkens, den unsere Verfassung atmet. Ich rufe in Erinnerung Franz Böhm, der als christlich-demokratisch gesonnener Patriot zu den Begründern unserer freiheitlich-demokratischen Wirtschaftsverfassung zählt und sich um die Aussöhnung mit Israel größte Verdienste erworben hat. Ich rufe in Erinnerung Ludwig Erhard, den Vater und politischen Vollstrecker unserer Sozialen Marktwirtschaft. Ich rufe in Erinnerung Alfred Herrhausen und Hermann Josef Abs, die großen Intellektuellen unter den europäischen Bankiers. Ich rufe in Erinnerung Karl Schiller, den konzeptionellen Denker, der seine Ideen über Parteigrenzen hinweg politisch mehrheitsfähig machte und praktisch durchsetzen konnte.

Auf diesen Abend bezogen greife ich Ludwig Erhard heraus, weil er es verstand, seine Wirtschaftspolitik der Sozialen Marktwirtschaft dem Test des Marktes zu unterwerfen und im Bunde mit der Bank Deutscher Länder bzw. der Deutschen Bundesbank zielstrebig den westdeutschen Markt zu öffnen und mutig die junge Pflanze Deutsche Mark dem eisigen Winde internationalen Wettbewerbs auszusetzen, um sie so früh wie möglich abzuhärten, - wie Sie wissen, mit bleibendem Erfolg. Diesen von Ludwig Erhard begründeten Schatz glaubwürdiger Stabilität, diesen inneren Wert der Deutschen Mark, hütet die Deutsche Bundesbank. Der Bürger sieht in der Deutschen Bundesbank eine öffentliche Hand, die nicht ihn, sondern die Stabilität seiner D-Mark fest im Griff hat. Deshalb darf diese, unsere Deutsche Mark, als Stabilitätsanker in einer europäischen Währungsordnung nicht untergehen. Bevor eine Europawährung denkbar ist, sind feste Stabilitätsmechanismen zu schaffen, die politisch wie wirtschaftspolitisch überzeugend die Werthaltigkeit einer europäischen Währung

genauso unzweifelhaft garantieren, wie es die Deutsche Bundesbank bei der D-Mark tut! Die Deutsche Bundesbank muß daher als Gralshüter der Stabilität in Europa erhalten bleiben, um jeden Preis, auch gegen die Versuche der Politiker, die gegen den Willen der Bürger und an ihnen vorbei eine Europawährung durchpauken wollen! Unsere zentrale Notenbank steht beim Vergleich öffentlicher Einrichtungen in Deutschland beim Bundesbürger in sehr hohem Ansehen. Repräsentative Meinungsumfragen belegen dieses - im übrigen auch nachdrücklich für unsere neuen Bundesländer - eindrucksvoll. Ist das nicht ein deutlicher Ausdruck für die große Bedeutung der Unabhängigkeit dieser Hüterin der Währung nicht nur hinsichtlich der Standfestigkeit bei der Wahrung der deutschen, sondern auch der Verteidigung der europäischen Stabilitätsinteressen? Hieraus resultiert das tiefe Vertrauen, das die Bürger in die Deutsche Bundesbank setzen! Vielleicht wäre die Deutsche Bundesbank nicht so souverän und nicht so stabilitätsbewußt, wäre sie nicht auf den ständigen Schulterschuß mit dem an stabilem Geldwert am stärksten Interessierten, dem Bürger als Sparer, angewiesen, der hochgradig „inflationsempfindlich“ (A. Woll) ist, also Geldentwertung fürchtet. Stabilität beginnt im Bewußtsein der Menschen. Sie kann, wie auch ein Recht auf Arbeit, nicht als ein Grundrecht im Grundgesetz garantiert oder als politische Weisung exekutiert werden. Wiederholt gab es Versuche, diese Unabhängigkeit der Deutschen Bundesbank zu relativieren und die Stabilitätspolitik ein gut Teil für das Verharren der Wirtschaft in der Unterbeschäftigung verantwortlich zu machen. Darauf gibt es nur eine richtige Antwort: „Inflationbekämpfung beginnt und endet mit der Unabhängigkeit der Notenbank“, nachzulesen im Gutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung aus dem Jahre 1974. Mit den Worten des Präsidenten der Schweizerischen Nationalbank, Markus Lusser, ausgedrückt: „Die Notenbank vermag

ihre Aufgabe im Dienste der gesamten Volkswirtschaft nur zu erfüllen, wenn sie nicht in den Sog tagespolitischer oder einzelwirtschaftlicher Interessen gerät. Oder einfacher: Die Notenbank muß „nein“ sagen können. Der Mut ist deshalb die wichtigste Tugend eines Notenbankleiters. Er setzt aber Unabhängigkeit voraus“. Wie steht es aber um die geistige Unabhängigkeit und die intellektuelle Führung, die für die Deutsche Bundesbank und ihr Direktorium so prägend sind, im übrigen öffentlichen Leben Deutschlands? Wo sind die unabhängigen Intellektuellen unseres Landes? Wer fällt uns da auf Anhieb ein? Kurt Biedenkopf, Gräfin Marion Dönhoff, Johannes Groß, Helmut Schmidt, Carl-Friedrich von Weizsäcker, um nur einige herausragende zu nennen. Werden diese Persönlichkeiten nicht allzuoft und allzuleicht als unbequeme Querdenker, sogar als lästig empfunden? Und, Intellektuelle treffen bei all denen auf Mißtrauen, die engmaschig denken.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich hier noch einen weiteren Gedanken einfügen. Intellektuelle sind Menschen von hoher Bildung. Ist aber Bildung nicht ein zu hohes Gut einer Kulturnation, als daß man sie bei Ausformung im Menschen Interessen der Politik im allgemeinen und den ideologiegetriebenen Querelen in den Niederungen der Parteipolitik im besonderen aussetzen darf? Was ich beobachte, ist der Wahn, jedem ein Recht zuzubilligen, an einer Hochschule Zugang zu finden, ohne vorher dessen geistiges Vermögen oder wissenschaftliches Interesse zu prüfen und jedem nahezu voraussetzungslos einen Freiraum zu eröffnen, sich an einer Universität auszuleben. Es ist höchste Zeit, ernsthaft öffentlich über diese Problematik zu reden. Was ist wichtiger: Immer breitere, aber sich weiter verflachende Bildung für junge Menschen, die wegen ihres zu geringen Wissensstandes dann keine ihren Erwartungen entsprechende Beschäftigung finden? Oder sollten wir uns nicht wieder um ein herausgehobenes und differenzierteres Bildungsgefüge bemühen? Hiermit meine ich ein gehobeneres Bildungsniveau sowohl in der Schul-

als auch in der Hochschulbildung, damit Schulabschlüsse differenziert nach den Fähigkeiten der Schüler ihre wahren Leistungen widerspiegeln und damit realistisch den vielfältigen Bedürfnissen einer Kultur- und Industriegesellschaft gerecht werden können.

Liebe Kommilitoninnen und Kommilitonen, meine Damen und Herren, erwartet nicht der Bürger vom Ergebnis einer Hochschulausbildung leistungsfähige junge Menschen, die selbständig ihren Weg gehen? Mich bedrückt das Niveau bestimmter Schulabschlüsse, die zum Hochschulstudium berechtigen bzw. die allzu bequemen Eingangsvoraussetzungen, die es zulassen, sich für ein bestimmtes Studium einschreiben zu können. Wäre es nicht verantwortungsbewußter, die öffentliche Hand würde mit ihrem politisch motivierten Bildungskonzept gerade im Interesse der jungen Bürger die Zugangsvoraussetzungen, die an ein Hochschulstudium zu stellen sind, enger fassen und klar festlegen, damit diese jungen Menschen mit 18 oder 20 Jahren den ihren individuellen Voraussetzungen entsprechenden Ausbildungsgang nehmen und nicht unvorbereitet einen Weg einschlagen, an dessen Ende sie dann mit 28 oder 30 Jahren einsehen müssen, daß sie keine ihnen gemäße, möglicherweise gar keine berufliche Position finden? Wie soll also ein geisteswissenschaftlicher Fachbereich in dieser Lage seinen Bildungsauftrag erfüllen können? Sind denn Bruchstücke des Wissens ein tragfähiges Fundament, auf das man zuverlässig aufbauen kann? Wir reden heute über allerlei Dinge, stellen vielerlei in Frage, machen uns aber offensichtlich über eindeutige Anliegen, die unsere Gesellschaft zentral angehen, keine Gedanken. Geht es denn nicht bei richtig verstandener Bildungspolitik darum (hier berufe ich mich auf den bedeutenden Sozialdemokraten Carlo Schmid) "..... daß man jedem den Zugang zu den Bildungswegen öffnet, die zu begehen er fähig ist - das ist keine pädagogische Frage allein, das ist eine politische Frage, freilich nicht so, daß man Stipendien verschenkt, sondern so, daß

man die Möglichkeit gibt, sie sich durch Bewährungsproben mancherlei Art zu verdienen". Dieses ist eine vollständige Aussage - kein Wort fehlt hier und auf keines läßt sich verzichten. Die Politik sollte sich also nicht anmaßen, unter dem Vorwand garantierter Chancengleichheit jedem einzelnen gleichen Verstand, gleiche Fähigkeiten, gleichen Eifer oder gleichen Mut zum Wagnis zu suggerieren und die naturgegebenen unverzichtbaren Unterschiede, ja die wertvolle Vielheit der Eigenschaften in der menschlichen Natur, aus welchen Gründen auch immer, zu leugnen und statt dessen dazu beizutragen, vielen jungen Menschen mit mehr oder weniger ausgeprägtem Leistungswillen eine angemessene Entwicklungschance zu ermöglichen und deren Individualität auf den unterschiedlichen Ebenen zur Entfaltung bringen zu lassen. Ist der Sport nicht für einen jeden von uns ein einleuchtendes Beispiel für eignungs- und neigungsgerechte Leistung und deren Differenzierung, ein Beispiel aber auch für die Mühe, die es kostet, Wettbewerb zu bestehen? Nur ein deutliches Wort in aller Offenheit in der Öffentlichkeit vermag aufmerksam zu machen auf erfreulich Positives, aber eben auch auf erkennbare und bereits eingetretene Fehlentwicklungen. Wann endlich beginnt diese dringend erforderliche, ernsthafte Debatte? Der neue Landtag von Nordrhein-Westfalen könnte sich um unser Land, ja unsere Gesellschaft insgesamt verdient machen, würde er sich dieser spezifischen Bildungsproblematik annehmen. Den Abgeordneten würde ich empfehlen, sich über den Sinn von Ausbildung und Bildung erneut Gedanken zu machen und die Ziele der Bildung klar abzustecken. Sie sollten sich dabei auch an beispielhaften Bildungskonzepten sich einander überschneidender Kulturkreise orientieren. Hier denke ich insbesondere und namentlich an das jüdische Ideal des Lernens und seine gesellschaftliche Verwirklichung, wo Jungen bereits mit Eintritt in die Religionsmündigkeit in der Lage sind, im dreizehnten Lebensjahr (Mädchen im zwölften) in öffentlicher Rede bei

der Barmitzwah - unserer Konfirmation vergleichbar - im Gottesdienst vor der Gemeinde einen kleinen Lehrvortrag zu halten, nachdem sie einen Abschnitt aus der Thora in den USA lehre, regelmäßig tief beeindruckt, wenn ich die Ernsthaftigkeit, Zielstrebigkeit und eine solche persönliche Reife dieser jungen Menschen unmittelbar miterleben darf. Wie das Judentum eine Buchreligion ist, zu der essentiell Lesen und Schreiben gehören, so gilt dieses intensive „Lernen der Lehre“ mutatis mutandis auch für die Vorbereitung auf eine wissenschaftliche Ausbildung in der Oberschule und erst recht für eine Unterweisung in geisteswissenschaftliche Zusammenhänge, wie in die wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen. Könnte ein solcher - ähnlicher - Weg nicht auch für unser Bildungssystem beispielgebend oder befruchtend wirken?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit Fehlentwicklungen und Verwerfungen, wie ich sie für die Gesellschafts- und Bildungspolitik skizziert habe, brauchen wir in der Geldpolitik glücklicherweise nicht zu rechnen. Dank der Kompetenz und Unabhängigkeit der Deutschen Bundesbank, deren Präsident heute zu uns gekommen ist.

Was lag näher, zur Würdigung des für das Siegerland als Kulturregion so geschichtsprägenden Ereignisses, nämlich des 400jährigen Jubiläums der Begründung der Hochschultradition in Siegen, diesen ersten Blütenansatz als Universitätsstadt mit einem Festvortrag durch den obersten Hüter monetärer Stabilität zu krönen?

Darf ich Sie, Herr Dr. Tietmeyer, bitten, das Wort zu nehmen!

Festvortrag

Hans Tietmeyer

Präsident der Deutschen Bundesbank

Deutsche Geldpolitik und monetäre Integration in Europa

Herr Brunswig, Herr Professor Gemper, meine sehr verehrten Damen und Herren,

zunächst möchte ich ein Wort des Dankes für die freundlichen Begrüßungsworte sagen, die ich hier gehört habe. Diese Elogen sollten nicht auf Personen bezogen werden, denn wir sind ein Kollegialorgan, wir sind eine Institution. Diese Institution hat eine Tradition, insofern nehme ich das, was gesagt worden ist, als Institution entgegen und ich denke, das ist richtig. Es würde mich natürlich jetzt wahnsinnig reizen, auf das eine oder andere, was Sie, Herr Gemper, vorgetragen haben, einzugehen, aber das ist nicht meine Aufgabe und ich will darauf verzichten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin Ihrer Einladung, nach Siegen zu kommen, sehr gerne gefolgt. Das 400jährige Jubiläum zur Eröffnung der Hohen Nassauischen Schule in Siegen kann zwar nicht ganz mithalten mit dem demnächst bevorstehenden 1200jährigen Jubiläum meiner Heimatschule in Münster, nämlich der Schola Paulina. Aber dafür gebe ich ja gerne zu, das ist ein „normales“ Gymnasium und eine „normale“ Höhere Schule. Dafür haben Sie natürlich die wirkliche „Hohe Schule“ hier zu feiern. Das ist schon ein wichtiger Anlaß. Die Vortragsreihe nun mit dem Titel „Hochschule und Gemeinde“ ist sicher ein nützlicher und wichtiger Ansatz, denn sie ist ja Ausdruck des Dialogs mit der Öffentlichkeit. Die moderne Hochschule bedarf dieses Dialogs, darf sich nicht in den Elfenbeinturm der Wissenschaft zurückziehen und sich dort verstecken. Auch

wir in der Bundesbank, und darauf ist schon hingewiesen worden, brauchen und suchen den Dialog, und zwar den Dialog mit den Bürgern. Unsere Glaubwürdigkeit und unsere Akzeptanz hängen nämlich entscheidend davon ab, daß unsere Politik auch von der breiten Öffentlichkeit verstanden wird und daß man die Zielsetzung dieser Politik versteht und unterstützt. Aufgrund der besonderen Charakteristika der „Siegerland-Mentalität“ vermute ich, daß das Verständnis für unsere Politik hier besonders ausgeprägt ist. Die hier im Siegerland dominierende arbeitsame und betont sparsame Lebensführung entspricht ja dem Grundsatz der protestantischen Ethik, wie sie Max Weber beschrieben hat. Bei einer derartigen Lebenseinstellung nimmt unsere Aufgabe und unser Ziel, „die Währung zu sichern“, naturgemäß einen besonderen Rang ein. Deswegen fühle ich mich hier auch geradezu vor „heimischem Publikum“. Ganz abgesehen davon, daß meine beiden Leiter meines Büros in Frankfurt entweder hier aus diesem Gebiet stammen, das ist der Herr Dr. Grisse, oder aber der jetzige, der hier seine akademischen Studien zum großen Teil gemacht hat, der Herr Dr. Bischofberger.

Die Geldpolitik stellt nur einen Ausschnitt des gesamten Spektrums wirtschaftspolitischer Verantwortung dar, allerdings einen wichtigen. Sie hat die Aufgabe, den Geldwert zu sichern. Denn ohne stabiles Geld gibt es auf Dauer weder wirtschaftlichen Wohlstand noch soziale Gerechtigkeit. Stabiles Geld kann die Geldpolitik aber letztlich nicht allein erreichen. Dafür kommt es vielmehr auf stabilitätsbewußtes Handeln aller Träger wirtschaftspolitischer Verantwortung an. Eine solide Finanzpolitik und eine moderate Lohnpolitik helfen aber nicht nur, den Geldwert stabil zu halten. Sie tragen auch zu einer positiven Entwicklung der Volkswirtschaft und zu mehr Beschäftigung bei. Dies lehren auch die Erfahrungen der achtziger Jahre; der damals eingeschlagene Konsolidierungskurs der öffentlichen Haushalte und die über einige Jahre hinweg moderaten Lohnabschlüsse brachten zwischen 1983 und

1989 insgesamt 1,4 Mio. zusätzliche Arbeitsplätze. Relativ stabile Preise haben dabei die Realeinkommen gleichwohl steigen lassen. Auch der im letzten Jahr einsetzende kraftvolle neue Konjunkturaufschwung beruht maßgeblich auf den in den Jahren 1993 und 1994 eingeleiteten Korrekturen in der Finanz- und Lohnpolitik. In Westdeutschland steigt die gesamtwirtschaftliche Produktion seit dem Frühjahr des vergangenen Jahres in der Tendenz um 3 %. In den neuen Bundesländern liegt die Wachstumsrate sogar bei rund 9 %. Dort zeigen sich jetzt auch mehr und mehr die Merkmale eines selbsttragenden Aufschwungs mit zunehmender Eigendynamik. In ihrem kürzlich vorgelegten Frühjahrgutachten erwarten die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute für das laufende Jahr eine Fortsetzung des Aufschwungs. Manche Skeptiker sehen den Aufschwung durch den derzeitigen hohen Außenwert der D-Mark gefährdet. Ohne Zweifel stellt die Aufwertung der D-Mark eine besondere Herausforderung an die deutsche Wirtschaft dar. Allerdings sind auch importierte Rohstoffe und Vorleistungen, die in Dollar bezahlt werden, nun billiger geworden. Insofern ergibt sich für einzelne Unternehmen ein sehr differenziertes Bild.

Aber der Druck, auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu achten, nimmt natürlich zu. Dies gilt für den Bereich von Steuern und Abgaben. Die gilt sicher auch für die Lohnpolitik. Die Tarifparteien haben in den bislang vereinbarten Tarifabschlüssen die für die deutsche Wirtschaft veränderten außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, wie mir scheint, noch zu wenig berücksichtigt. Sie sollten auch nicht übersehen, daß eine Aufwertung auch die Kaufkraft der Löhne und Gehälter stärkt - und zwar ohne daß Steuern und Sozialabgaben darauf zu entrichten wären! So unangenehm und schwierig für manche Bereiche eine starke Aufwertung auch ist, wir sollten die Erfahrung nicht übersehen, daß mittel- und langfristige Aufwertungsländer eher höheres Wachstum und weniger Arbeitslosigkeit haben. Bei uns in Deutschland haben wir

immer noch eine Reihe von ungelösten Strukturproblemen, und zwar sowohl in der Gesamtwirtschaft als auch in einzelnen Sektoren. Hier bleibt noch viel zu tun, bei der Überprüfung der Rechtsvorschriften ebenso wie beim Abbau von Subventionen und Rigiditäten. Der Aufschwung allein kann die bestehenden strukturellen Probleme nicht lösen. Insbesondere die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen ist die zentrale Herausforderung der nächsten Jahre. In unserem jüngsten Geschäftsbericht haben wir uns auch mit diesem Thema auseinandergesetzt und dabei etwas näher auf den Reformbedarf für den Sozialstaat hingewiesen. Das hat der Bundesbank neben Anerkennung auch einige Kritik eingebracht. Aber davon lassen wir uns nicht beirren. Es ist unsere Aufgabe und Verantwortung, im Interesse der Geldwertstabilität frühzeitig auf Fehlentwicklungen und Ursachen auch in anderen Politikbereichen hinzuweisen. Gewiß, Arbeitslosigkeit ist an erster Stelle ein besonderes dann, wenn davon so viele Menschen betroffen sind wie heute. Aber Arbeitslosigkeit ist auch ein wirtschafts- und finanzpolitisches Problem, das die Geldwertstabilität betrifft. Arbeitslosigkeit führt nämlich unmittelbar zu höheren Lohnzusatzkosten, wenn Zugang und Höhe der Leistungen unverändert bleiben. Diese höheren Lohnzusatzkosten stellen einen nicht unerheblichen Kostenfaktor dar, den Unternehmen versuchen werden, auf die Preise abzuwälzen. Und die steigenden Sozialabgaben erhöhen aus der Sicht des Bürgers die marginale Steuer- und Abgabenlast. Dies schwächt die Leistungsanreize und bedroht damit das Fundament der Sozialen Marktwirtschaft, auf dem auch die D-Mark beruht. Die Arbeitslosigkeit ist bei uns überwiegend ein strukturelles Phänomen. Nur mit mehr Flexibilität, niedrigeren Arbeitskosten, einer hinreichenden Differenzierung der Löhne und einer Durchforstung unserer sozialen Leistungssysteme kann der verfestigte Sockel an Arbeitslosigkeit nachhaltig abgebaut werden. Diese Einsicht mag nicht überall angenehm sein.

aber an ihr führt kein Weg vorbei. Es geht gewiß nicht um den generellen Abbau von Besitzständen und Sozialleistungen. Wohl aber muß es zulässig sein, ihre Wirkungen auf den Arbeitsmarkt zu hinterfragen und im Interesse von mehr Arbeitsplätzen eine Überprüfung anzumahnen. Die Errichtung von Tabus hilft selten weiter. Gerade weil die Arbeitslosigkeit ein zu ernstes Problem ist, sind alle gefordert, die Politik ebenso wie die Tarifpartner. Die Geldpolitik muß dabei natürlich auch ihren Beitrag leisten. Eine laxere Geldpolitik wäre allerdings kein Schlüssel zum Abbau der Arbeitslosigkeit. Der Beitrag der Geldpolitik zu einem hohen Beschäftigungsniveau liegt allein darin, über stabiles Geld das Sparen und das Investieren zu fördern. Nur auf diesem Wege kann die Geldpolitik helfen, Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern. Eine zweite zentrale Weichenstellung für die Zukunft des Standorts Deutschland liegt in der dauerhaften Reduktion der öffentlichen Defizite. Erfreulicherweise hat sich die Lage der öffentlichen Finanzen im letzten Jahr ein wenig entspannt. Erstmals seit der Wiedervereinigung ist - trotz der anhaltenden Transferleistungen in die neuen Bundesländer - das Defizit der Gebietskörperschaften gesunken. Es ist 1994 mit 106 Mrd. DM um rund 27 Mrd. DM geringer ausgefallen als im Vorjahr. In der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, also nach den Maßstäben des Vertrags von Maastricht, belief sich der Fehlbetrag auf 2,5 % des Bruttoinlandsprodukts. Auch 1995 wird das Defizit weiter zurückgehen. Der Test wird aber 1996 kommen. Dann nämlich, wenn schon allein gemäß Bundesverfassungsgerichtsurteil die Steuern gesenkt werden müssen. Der Stand der Staatsschulden betrug 1994 rund 50 % des Bruttoinlandsprodukts. Er wird aber insbesondere durch das Einbeziehen der Verbindlichkeiten der Treuhandanstalt Ende 1995 auf etwa 57 % steigen. Zwar erfüllt Deutschland damit auch weiterhin die finanzpolitischen Kriterien des Maastrichter Vertrages. Doch die hohe Zinslast stellt eine schwere

Bürde für die Finanzpolitik dar. Daher darf noch längst keine Entwarnung gegeben werden. Auch die Länder und Gemeinden dürfen in ihren Anstrengungen um Konsolidierung nicht nachlassen. Die Schuldenquote muß verringert werden, um der Finanzpolitik ihre Handlungsfähigkeit zurückzugeben, denn wenn etwa die Zinsausgabenquote auf eine Größenordnung von 20 % ansteigt, dann ist es natürlich so, daß der Spielraum für Ausgabenentscheidungen gewaltig eingedämmt wird und daß man dann sehr schnell den Ausweg in höheren Abgaben sucht. Der bisherige Defizitabbau wurde zu einem erheblichen Teil bewirkt durch höhere Steuern und Abgaben. Mittlerweile zählt Deutschland zu den Ländern mit der höchsten Abgabenlast. Eine hohe Abgabenlast ist aber auf Dauer wachstums- und beschäftigungsfeindlich. Deswegen sind in den nächsten Jahren Steuersenkungen unerlässlich. Der Defizitabbau muß daher verstärkt auf der Ausgabenseite erfolgen, so unangenehm das für die jeweils Betroffenen auch sein mag. Herr Professor Gemper, Sie haben Recht, *die fünfte Grundrechnungsart*, die Sie genannt haben, *das Subventionieren*, kann keine Orientierung für die Zukunft sein. Aber ich füge hinzu: Wer glaubt, allein mit Subventionskürzungen das Problem der Ausgabenkürzungen hinzubekommen und etwa die Personalausgaben und etwa den gesamten Transferbereich völlig aus dem Vorläßt, der wird es auch nicht erreichen. So nützlich und notwendig es ist, Subventionen zu bremsen, sie voll abzubauen, das wäre eine Illusion, die der Realität dieser Welt wohl nicht entspricht. Wir können auch die anderen großen Ausgabenblocks nicht außen vor lassen. Zu den erfreulichen Entwicklungen des letzten Jahres gehören die Fortschritte bei der Eindämmung des Preisanstiegs. In Deutschland hat sich der Verbraucherpreisanstieg zuletzt auf etwa 2,3 % eingependelt. In Ostdeutschland betrug diese Rate zuletzt 1,9 %. Damit sind wir auf dem Weg zur Preisstabilität ein gutes Stück vorangekommen. Befriedigen kann uns dies jedoch noch nicht, zumal von den

bisherigen Lohnabschlüssen auch Risiken für die Stabilität ausgehen. Wir werden unsere Stabilitätspolitik unbeirrt fortsetzen. Die wichtigste Orientierungsgröße für unsere Geldpolitik bleibt dabei die Geldmenge M3. Nach den starken Ausschlägen im vergangenen Jahr zeigt dieser geldpolitische Kompaß nun wieder deutlicher die Richtung an. Die Liquiditätsüberhänge des Vorjahres sind mittlerweile abgebaut. Inzwischen wird sogar der für 1995 beschlossene Geldmengenkorridor unterschritten. Das gilt nicht nur für die weniger aussagekräftige Wachstumsrate in den ersten drei Monaten, sondern auch für den auf die Jahresrate umgerechneten Zuwachs gegenüber dem vierten Quartal 1993. Unsere Zinssenkung Ende März hat dieser Entwicklung Rechnung getragen. Und diese Zinssenkung hat sich an den Kapitalmärkten inzwischen sogar verstärkt fortgesetzt. Die Zinssätze für fünf bis zehn Jahre liegen heute eher um 1 % unter dem Stand vom Beginn des Jahres, d.h., die internationalen Kapitalmärkte haben unsere Politik verstanden. Sie haben sie nicht interpretiert, wie es der eine oder andere Kritiker in diesem Land getan hat, als der Beginn der Lockerung der Politik. Dies ist keine Lockerung der Politik, sondern dies ist eine Verfolgung unserer Geldmengenorientierung und insofern eine Anwendung unseres Konzeptes. Dieses - trotz der eindeutig zu hohen Arbeitslosigkeit - insgesamt positive Bild wird jedoch getrübt durch die jüngsten Währungsturbulenzen. Allein seit Jahresbeginn hat sich die D-Mark gegenüber dem US-Dollar um über 12 %, gegenüber den EG-Währungen (aufgrund einiger floatender EWS-Währungen) um 5,4 % und gegenüber dem gewogenen Durchschnitt der 18 wichtigsten Industrieländer um 4,6 % verteuert - und zwar nicht nur nominal, sondern auch real, d.h. nach Ausschalten der Inflationsdifferenz. Ich bin froh, daß der Dollar gestern und heute wieder stärker geworden ist. Wie diese Entwicklung weitergeht, kann ich nicht sagen und weiß ich auch nicht. Aber ich will soviel sagen: Der überwiegend schwache Dollar

liegt nicht in unserem Interesse, weder in unserem eigenen Interesse, noch im Interesse Europas, noch im Interessedamentalfaktoren her gemessen sind gewiß nicht alle Wechselskursentwicklungen der jüngsten Zeit gerechtfertigt. Sie sind auch nicht durch die Zinsdifferenzen der Schweiz und Japan die Bundesrepublik weisen zu auf. (Eher gibt zu denken, daß diese drei Länder offenbar bevorzugtes Ziel der internationalen Kapitalströme sind!) Das Rezept ihrer niedrigen Zinsen sind!) Das Rezept kann deshalb wohl nicht einfach lauten: niedrigere deutsche Notenbankzinsen. Zum einen würden sie kurzfristig offenbar auf die Wechselkurse kaum wirken, wohl aber könnten sie im Ergebnis zu höheren Langfristzinsen führen. Zum anderen kommt für die Bundesbank keine Politik der internen Inflationierung gegen die eingetretene reale Aufwertung in Frage. Die Bundesbank wird ihre stabilitätspolitische Glaubwürdigkeit nicht aufs Spiel setzen. Die jüngsten Währungsturbulenzen machen deutlich, daß in einer Reihe von Ländern politische Faktoren neben ökonomischen Fehlentwicklungen die Wechselkurse maßgeblich beeinflussen. Die Märkte haben inzwischen ein sehr feines Gespür für den Willen, aber auch die Fähigkeit mancher Länder, ihre fundamentalen Probleme ernsthaft in Angriff zu nehmen, auch wenn die Märkte hierbei manchmal übertreiben. Es wäre sicher falsch, für die Verwerfungen in den Währungsrelationen die sogenannten Spekulanten verantwortlich zu machen. Spekulanten sind alle diejenigen, die versuchen, aus unterschiedlichen Entwicklungen und Einschätzungen Gewinne zu erzielen. Und das gehört nun einmal zur Marktwirtschaft. Schon der französische Staatsmann Talleyrand hat einmal gesagt: „Finanziers machen nur gute Geschäfte, wenn die Staaten die ihnen schlecht machen“. Um so mehr sind die Turbulenzen auf den Devisenmärkten auch eine Mahnung an die Haushaltspolitik der Schwachwährungsländer, ihre

Hausaufgaben zu machen. Angesichts der tieferliegenden ökonomischen und politischen Ursachen für den Druck auf einige Währungen können weder Zinsmaßnahmen noch koordinierte Interventionen schwachen Währungen dauerhaft helfen. Stabilität beginnt zu Hause. An dieser Erkenntnis führt kein Weg vorbei. Wir sind natürlich nicht an einer dauerhaft überbewerteten Währung interessiert, und wir sind auch nicht daran interessiert, daß Länder mit inzwischendebütend unterbewerteter Währung ihren Wettbewerbsvorsprung deshalb einbüßen, weil sie ihrerseits über abwertungsbedingt steigende Importpreise Inflation importieren oder weil bei ihnen als Folge des Exportsogs Löhne und Preise steigen. Vielmehr kommt es darauf an, daß sich die überschießenden Wechselkurse wieder einigermaßen zurückbilden. Dazu bedarf es vor allem in den Ländern, deren Währungen zur Schwäche neigen, einer mit der jeweiligen Situation des Landes konsistenten nationalen Politik. Sie müssen alles tun, um das Vertrauen der Finanzmärkte zurückzugewinnen. Das ist auch die Botschaft des G7-Kommuniqués aus Washington von Ende April. Nur auf dieser Grundlage kann internationale Kooperation erfolgreich sein. Zwischen den Währungen innerhalb der EU erleben wir zur Zeit Wechselkursverschiebungen, die den Wettbewerb im Einzelfall noch stärker verfälschen als der Rückgang des Dollarkurses. Die Verzerrungen in Europa verleiten manchen zu folgern, mit einem raschen Übergang zur dritten Stufe der Währungsunion und zur einheitlichen Währung ließen sich die heutigen Probleme vermeiden. Der große Sprung nach vorn soll nach dieser Einigung mit einem Schlag alle Schwierigkeiten beseitigen. Diese Vorstellung hat aber leider mehr mit Illusion als mit der Realität zu tun. Das beginnt schon damit, daß insbesondere Länder mit den stärksten Wechselkursauschlägen weder nach deren eigener Einschätzung noch nach den Kriterien des Maastricht-Vertrages für die Währungsunion reif sind. Diese Länder könnten also gar nicht dazugehö-

ren. Hinzu kommt, daß eine Einheitswährung und eine einheitliche Geldpolitik die den Wechselkursausschlägen zugrundeliegenden Probleme sicher nicht lösen könnte. Diese würden sich nur anders manifestieren. Eine Einheitswährung - wie immer sie genannt wird - das Wort "Ecu" nehme ich jetzt nicht in den Mund, im Vertrag steht ja auch in der deutschen Fassung E C U in Großbuchstaben, das heißt European Currency Unit und ist deswegen ein Terminus technicus und kein Eigenname - so die deutsche Interpretation - aber das werden wir alles in den nächsten Monaten sehen, welche Schlußfolgerung daraus zu ziehen ist. Jedenfalls ist ECU kein attraktiver Name, das ist keine Frage. Dieser ECU, den wir heute haben, der ist schon ganz kräftig abgewertet worden gegenüber der DM. Wie Sie der deutschen Bevölkerung klarmachen wollen, daß das eine stabile Währung werden soll, das ist eine Mutation eines Namens, die ich nicht für möglich halte. In manchen Ländern wären dann zum Beispiel noch weit größere Sparanstrengungen der öffentlichen Haushalte nötig als bislang vorgesehen, wenn es künftig nicht zu einem Konflikt mit der stabilitätsorientierten Geldpolitik kommen soll. Und die Lohnpolitik müßte sich weit stärker als bisher an der Wettbewerbsfähigkeit orientieren, wenn die Währungsunion die Arbeitslosigkeit in manchen Ländern nicht noch vergrößern oder Wanderungsbewegungen auslösen soll. Wird nämlich die innere Flexibilität eines Landes überfordert, kann der Preis für die einheitliche Währung sehr hoch werden, das alles könnte dann der Europäischen Währungsunion als Sündenbock angelastet werden. Es könnten nicht nur neue Dauerkonflikte entstehen, auch die weitere Integration könnte darunter erheblich leiden. Der Bundesbank wird gelegentlich vorgeworfen, Bremsen im Prozeß der europäischen Einigung zu sein. Dies ist eindeutig falsch. Wir akzeptieren das Ziel und bejahen es. Wir sehen uns jedoch in unserer Wächterfunktion aufgerufen, darauf zu achten, daß die Währungsunion erst dann angetreten

wird, wenn die notwendigen Voraussetzungen vorliegen. Denn die Währungsunion ist nur dann ein ökonomischer und politischer Fortschritt, wenn sie dauerhaft und stabil wird. Nur dann ist sie von Vorteil für unser Land und für Europa. Und wenn die Währungsunion kommt, ist sie zum Erfolg verpflichtet. Eine gemeinsame Währung benötigt vor allem eine dauerhafte Konvergenz in den Stabilitätsvoraussetzungen und -ergebnissen. Die strikte Einhaltung aller im Maastricht-Vertrag festgelegten Stabilitätskriterien ist darum wichtiger als die Einhaltung von Terminen. Das Ziel der Stabilitätskriterien ist ja nicht, ein Land von der Teilnahme an der Währungsunion auszuschließen. Sie sollten aber dafür sorgen, daß jedes Land im eigenen Interesse erst dann beitrifft, wenn es mit seiner Volkswirtschaft den Ansprüchen einer Stabilitätsgemeinschaft genügt. Im Maastricht-Vertrag ist zu Recht die Möglichkeit mehrerer Geschwindigkeiten auf dem Weg zu einem gemeinsamen Ziel vorgesehen. Die Kriterien sind im übrigen nicht einmal besonders ambitiös formuliert. Ein Aufweichen der Kriterien darf es deshalb auf keinen Fall geben, auch wenn die Gründung der Europäischen Währungsunion bereits 1997 damit so gut wie keine Chance hat. Es ist deshalb erstaunlich, warum man in Brüssel und Straßburg das offenbar noch immer nicht sehen will.

Neben der Erfüllung der Konvergenzkriterien sind aber auch noch andere Fragen zu klären. Vor allem im Spannungsverhältnis zwischen einer supranationalen Währungspolitik und den weiterhin auf nationaler Ebene verbleibenden Politikbereichen wie der Finanzpolitik liegt ein Konfliktpotential, das nicht übersehen werden darf. Die Währungsunion braucht eine Sicherung der fiskalpolitischen Disziplin auch nach ihrem Beginn. Die Haushaltspolitik einzelner Staaten darf die gemeinsame Geldpolitik in einer Währungsunion nicht unterlaufen. Die im Vertrag für die Währungsunion bisher vorgesehenen Überwachungsverfahren und Sanktionen bei übermäßi-

gen Defiziten sind noch nicht zwingend genug, um die notwendige Disziplin für die Finanzpolitik zu gewährleisten. Es reicht nämlich auch nicht aus, nur zu Beginn der Währungsunion die Konvergenzkriterien zu erfüllen. Die Stabilitätskriterien müssen vielmehr dauerhaft eingehalten werden. Die gemeinsame Geldpolitik muß deshalb auf längere Sicht in ein politisch schlüssiges System eingebettet werden. Finanz-, Wirtschafts- und Geldpolitik dürfen nicht gegeneinander arbeiten.

Aber auch eine Reihe anderer Fragen bedarf noch der Klärung. So sind die eng miteinander verbundenen Fragen der konzeptionellen Ausrichtung der Geldpolitik, des geldpolitischen Instrumentariums sowie der Umsetzung der geldpolitischen Maßnahmen noch offen. Diese Fragen diskutieren die europäischen Notenbankgouverneure derzeit im Rahmen des Rates des Europäischen Währungs-instituts (EWI) in Frankfurt. Allerdings kann das heutige Europäische Währungsinstitut die Entscheidungen nur vorbereiten. Bindende Entscheidungen kann nur die zukünftige Europäische Zentralbank selbst treffen. Nach dem Vertrag hat nämlich die Europäische Zentralbank, die nach Gründung der Währungsunion die geldpolitische Verantwortung übernehmen wird, letztlich das Sagen.

Für sachgerechte Entscheidungen müssen wir vor allem wissen, welche Länder beim Start der Währungsunion überhaupt dabei sein werden. Die Entwicklung einer einheitlichen geldpolitischen Konzeption und die Verständigung über die erforderlichen Instrumente und Verfahren für den Übergang in die dritte Stufe muß die Ausgangslage in den einzelnen Ländern berücksichtigen. Diese Ausgangslage ist jedoch ausgesprochen heterogen. Sie wird von unterschiedlichen Finanzmarktstrukturen, Bankensystemen und geldpolitischen Konzeptionen geprägt. Die deutsche Geldpolitik orientiert sich vorrangig an der Geldmenge. Wir sind dafür bisweilen kritisiert worden. Doch hat sich gezeigt, daß die Grundbeziehung zwischen der Geldmenge und der Preisentwicklung in Deutschland

nach wie vor stabil ist. Die Geldmengenexpansion zeigt das monetäre Inflationspotential für die Zukunft an. Dieser Zusammenhang hat sich in einigen Ländern aufgrund des Innovationsprozesses an den Finanzmärkten offensichtlich gelockert. Die Ursachen dafür sind in diesen Ländern vor allem in der stärkeren Kurzfristorientierung der dortigen Märkte, der zunehmenden Verbriefung der Kreditbeziehungen sowie z.T. auch in einer marktnäheren Verzinsung von Komponenten der Geldmenge zu sehen. Gefördert wurde diese Entwicklung zusätzlich durch finanzielle „bubbles“ in den achtziger Jahren in diesen Ländern. Wir in Deutschland sind davor - nicht zuletzt infolge unserer konservativen Geldpolitik - bewahrt worden.

Auch der geldpolitische Instrumentenkasten ist in den verschiedenen Ländern unterschiedlich bestückt. Das hat nicht nur mit unterschiedlichen Traditionen, sondern auch mit unterschiedlichen Bank- und Finanzmarktstrukturen zu tun. Bei uns beispielsweise gibt es eine Bankenstruktur, die sehr viel breiter gestreut ist mit kleineren und mittleren Instituten im Sparkassen- und Volksbankenbereich, während man in anderen Ländern sehr viel konzentriertere Systeme und Strukturen hat und deswegen die Geldpolitik hier auch ganz anders operiert.

Über den Grundsatz einer dezentralen Ausführung der künftigen gemeinsamen Geldpolitik besteht inzwischen erfreulicherweise weitgehend Konsens. Das entspricht auch dem Subsidiaritätsprinzip. Dazu gehört nach unserer Auffassung aber auch, daß selbst kleinere Kreditinstitute sich direkt bei der Notenbank refinanzieren können, wie das bei uns der Fall ist. Gewiß werden Offenmarktgeschäfte in der künftigen europäischen Geldpolitik eine zentrale Rolle spielen. Schon heute stützen sich viele Zentralbanken überwiegend, wie beispielsweise die Bank von England, oder in erheblichem Umfang, wie die Bundesbank mit

ihren sogenannten Repogeschäften, auf offenmarktpolitische Formen der Liquiditätsbereitstellung. Sie sind marktnah und flexibel zu handhaben. Je nach Ausgestaltung haben die einzelnen Transaktionen dabei mehr oder weniger starke Signalwirkung für die Märkte. Die Wirksamkeit einer mengenorientierten Geldpolitik hängt schließlich auch davon ab, daß die Nachfrage nach Notenbankliquidität hinreichend vorhersehbar ist. Die Bundesbank tritt deshalb für die Nutzung des Instruments der Mindestreserve in der Währungsunion ein. Mit Hilfe der Mindestreserve läßt sich die Nachfrage nach Zentralbankgeld verstetigen. Das erleichtert die monetäre Steuerung durch die Zentralbank. Zu Recht sieht daher die Satzung der Europäischen Zentralbank dieses Instrument ausdrücklich vor, wobei allerdings die Einzelheiten noch festgelegt werden müssen. Insgesamt geht es bei den derzeitigen Beratungen im Europäischen Währungsinstitut darum, an welchen Traditionen die künftige europäische Geldpolitik stärker anknüpfen soll: An die angelsächsische, die stärker auf kurzfristig operierende Märkte und deren Beeinflussung durch zentrale Notenbankoperationen ausgerichtet ist, oder aber an die deutsche, die stetiger und stärker mit dezentral wirkenden Instrumenten operiert. Neben der unterschiedlichen Stabilitätskultur gibt es in Europa nämlich auch eine unterschiedliche Notenbankkultur, wobei beides möglicherweise nicht ganz unabhängig voneinander ist.

Natürlich sind wir nicht der Meinung, daß am Deutschen Notenbankwesen in allen Einzelheiten auch Europa genesen muß. Aber die unbestreitbare Tatsache, daß die deutsche Notenbankpolitik bisher im internationalen Vergleich besonders erfolgreich war, darf nicht unterschätzt werden. Insgesamt gibt es für eine dauerhaft erfolgreiche Währungsunion noch viel zu tun. Dazu gehören nicht nur die ökonomische Konvergenz, die solide technische Vorbereitung, sondern vor allem auch der politische Wille, eine unkündbare monetäre Solidargemeinschaft ein-

zugehen. Denn genau das ist eine Währungsunion. Die Währungsunion kann Europa voranbringen, wenn sie stabil gebaut und gut fundiert ist. Sie kann aber auch für die weitere Integration Europas eine schwere Hypothek werden, wenn sie nicht dauerhaft stabil wird. Gerade weil wir Europa voranbringen wollen, bestehen wir auf den stabilitätspolitischen Voraussetzungen. Das hat nichts mit nationalem Egoismus oder stabilitätspolitischer Engstirnigkeit zu tun. Geldwertstabilität ist schließlich nicht irgendein Thema. Stabile Preise sind die Grundlage für ökonomische Prosperität und somit die Basis auch für politische Stabilität. Ich bin sicher, hier in Siegen versteht man das besonders gut.

Schlußwort

Rolf H. Brunswig

Sehr geehrter Herr Dr. Tietmeyer, der Beifall hat Ihnen gezeigt, daß Ihr Festvortrag große Resonanz gefunden hat. Haben Sie herzlichen Dank für Ihre eindrucksvollen Ausführungen! Sie haben es verstanden, eine recht komplizierte Materie - wie es Geld- und Währungsfragen nun einmal sind - klar und für den interessierten Bürger nachvollziehbar zu behandeln. Unter der Überschrift „Deutsche Geldpolitik und monetäre Integration in Europa“ haben Sie einen weiten Bogen gezogen. Ein Schwerpunkt Ihrer Ausführungen lag auf binnenwirtschaftlichen Fragen wie der konjunkturellen Lage und des brennenden Themas der Arbeitslosigkeit. Hierzu und auch zur notwendigen Reform des Sozialstaates haben Sie Lösungsansätze genannt, die für die Beteiligten zwar schmerzlich sind, die aber den einzigen Weg weisen, der zu echten Lösungen führen kann. Zur Konsolidierung der öffentlichen Finanzen haben Sie deutliche Ermahnungen an die Adresse der Finanzpolitik gerichtet - hoffentlich werden sie nicht nur gehört, sondern auch befolgt! Sie haben klar gemacht, daß der Schwerpunkt künftig viel stärker als bisher auf der Ausgabenseite liegen muß: also Abbau des Staatsanteils anstelle des ständigen Drehens an der Steuerschraube und der Erhöhung der Abgaben! Von der Kommentierung der im ganzen erfreulichen Entwicklung der Verbraucherpreise in Deutschland (mit nach wie vor bestehenden Gefahren für die Geldwertstabilität) sind Sie zu den jüngsten Währungsturbulenzen übergegangen.

Zur geplanten Europäischen Währungsunion haben Sie mit aller Deutlichkeit ausgeführt, daß eine Währungsunion stabilitätsgerecht nur dann funktionieren kann, wenn sie in ein politisch schlüssiges System eingebettet

ist. Besondere Betonung haben Sie auf die Notwendigkeit gelegt, daß die in Maastricht vereinbarten Konvergenzkriterien strikt angewendet werden. Dies zu Recht; denn in manchen anderen Ländern hört man immer wieder Stimmen, die auf den Versuch hinauslaufen, die Qualitätsanforderungen des Maastrichter Vertrages zu unterlaufen. Sie haben hervorgehoben, daß es nicht nur darauf ankommt, daß die Länder beim Beitritt zur Gemeinschaftswährung die Aufnahmekriterien erfüllen, sondern daß sie auch dann u.a. zur Haushaltsdisziplin verpflichtet werden, wenn sie bereits Mitglieder der Währungsunion geworden sind. Sie haben wörtlich ausgeführt: "Die Währungsunion ist nur dann ein ökonomischer Fortschritt, wenn sie dauerhaft und stabil wird" - dies möchte ich im Namen aller Zuhörer nachdrücklich unterstreichen. Die Deutsche Bundesbank kann sich der uneingeschränkten Unterstützung der Bevölkerung bei der Wahrnehmung ihrer Wächterfunktion bei der Verwirklichung der Europäischen Währungsunion sicher sein.

Ich frage mich, und ich frage Sie, meine Damen und Herren: Wäre es eigentlich ein Unglück, den Mut zu besitzen, den vereinbarten Termin für die Realisierung der Endstufe der Währungsunion, nämlich 1999, auf der im nächsten Jahre geplanten Regierungskonferenz zu verschieben? Ich meine, die europäischen und insbesondere die deutschen Politiker täten gut daran, wenn sie das Jahrhundertwerk einer Währungsunion nicht über das Knie brächen, sondern abwarten würden, bis die dafür erforderlichen Voraussetzungen - nämlich eine politische Union und die notwendige Stabilitätskultur in ganz Europa - auch wirklich geschaffen sind - und das braucht Zeit.

Nochmals, Herr Dr. Tietmeyer, vielen Dank für Ihr engagiertes Referat! Die letzte Gelegenheit für die deutsche Bevölkerung, ihr Votum zur Europa-Währung abzugeben, ist bekanntlich die Bundestagswahl im Jahre 1998. Kann man sich wirklich vorstellen, daß die Bonner Parteien des

Jahres 1998 für eine Euro-Währung werben, die von den Bürgern als Gefahr und nicht als Chance begriffen wird? Ihnen, Herr Dr. Tietmeyer, übermittle ich alle guten Wünsche nicht nur dafür, daß Sie Ihre bisher bewiesene Standfestigkeit, die sicherlich noch auf manche weitere Probe gestellt werden wird, beibehalten, sondern auch in persönlicher Hinsicht; denn Ihre Tätigkeit als Präsident der Deutschen Bundesbank ist ja ein außerordentlich kräftezehrendes Amt. Das wird einem deutlich, wenn man verfolgt, daß Sie heute in Frankfurt, morgen in Paris und ein paar Tage später in New York an wichtigen Zusammenkünften mitwirken oder Vorträge halten, in denen Sie immer wieder das Postulat der Geldwertstabilität nachdrücklich hervorheben. Wir alle wissen: Bei der Deutschen Bundesbank unter Ihrer Führung ist unsere Währung, die Stabilität der D-Mark, in den besten Händen!

Zur Erinnerung an Ihren Besuch in Siegen darf ich Ihnen anschließend den „Siegerländer Hüttenmann“ überreichen, der - zusammen mit der Plastik des „Bergmannes“ - an die Bergwerks- und Eisenverarbeitungstradition des Siegerlandes erinnert. Die beiden Standbilder, die übrigens die Siegbrücke zieren, sind aber auch Zeichen eines erfolgreichen Strukturwandels; denn die Eisenförderung des Siegerlandes gehört mittlerweile längst der Geschichte an.

Auch Ihnen, Herr Professor Gemper, danke ich herzlich für Ihre eindringlichen Ausführungen. Sie haben in der Ihnen eigenen Offenheit und Klarheit die Verselbständigung der öffentlichen Hand, insbesondere ihr Finanzgebaren - die „fünfte Grundrechnungsart“ - zu Recht angeprangert. Sie haben bemerkenswerte Ausführungen zu der weitgehend fehlenden intellektuellen Führung in Deutschland gemacht, klare Worte zur Stabilitätspolitik und zur Europäischen Währungsunion gefunden und daran bildungspolitische Betrachtungen geknüpft, die es wert sind, aufgegriffen und vertieft zu werden. Herzlichen Dank für Ihr überzeugendes Referat!

Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, danke ich für das Interesse und die Aufmerksamkeit, mit der Sie beide Vorträge verfolgt haben. Es wäre schön, wenn Sie uns und unseren Referenten bei einem Imbiß und Umtrunk, zu denen ich Sie herzlich einlade, noch etwas Gesellschaft leisten würden. Wir von der Sparkasse Siegen freuen uns auf sicherlich angeregte Gespräche, und ich wünsche Ihnen allen noch einige interessante Stunden und guten Appetit!